

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 164 (1998)

Heft: 2

Rubrik: Bericht aus dem Bundeshaus

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schweizerische Munitionsunternehmung: neuer Direktor

Der Bundesrat hat am 15. Dezember 1997 die Vakanz in der Direktion der Schweizerischen Munitionsunternehmung in Thun (s. ASMZ 12/97, Seite 34) neu besetzt und **Paul A. Moser**, Leiter der Bedag Informatik in Bern, zum neuen Direktor des Unternehmens ernannt. Er tritt sein Amt am 1. April 1998 an. Im Hinblick auf die geplante Umwandlung der Schweizerischen Munitionsunternehmung in eine Aktiengesellschaft ist er der erste Direktor eines Rüstungsunternehmens des Bundes, der obligationenrechtlich angestellt wird.

Paul A. Moser, geboren 1944, von Röthenbach, ist in Langenthal aufgewachsen und hat nach der Matura in Burgdorf an der ETH Zürich als Elektro- und Betriebsingenieur abgeschlossen. Später absolvierte er an der Harvard Business School ein Nachdiplomstudium. Sein Weg in die Privatindustrie führte von der Firma Firestone in Pratteln über die Dätwyler AG in Altdorf zur Kabelwerke Brugg AG, die er zuletzt als Direktor der Holding führte. Im Jahr 1995 übernahm er die Leitung der Bedag Informatik in Bern, die er restrukturiert und konsolidiert hat. In der Armee bekleidet er den Grad des Hauptmanns.

Die Schweizerische Munitionsunternehmung beschäftigt an den Standorten **Thun** und **Altdorf** rund **1500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** und erzielt einen **Jahresumsatz** von rund **300 Millionen Franken**.

Liquidation von Armeematerial: neues Kompetenzzentrum in Thun

Das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) hat auf den 1. Januar 1998 ein neues Kompetenzzentrum Liquidation geschaffen, das in die Abteilung «Recycling und Entsorgung» der **Schweizerischen Munitionsunternehmung** in Thun integriert wurde.

Die zunehmenden Mengen an zu entsorgendem Material und die hohen Ansprüche – beispielsweise im Bereich des Umweltschutzes – haben in den

letzten Jahren insbesondere bei der Entsorgung von Munition zu **wachsenden Entsorgungskosten** geführt. Im Jahr 1996 beliefen sich diese auf rund 23 Millionen Franken. Demgegenüber betragen die Einnahmen aus dem Verkauf von überzähligem Material im selben Zeitraum lediglich rund 15 Millionen Franken. Das neue Kompetenzzentrum hat nun die Aufgabe, alle Massnahmen zur **Steigerung des Verkaufserlöses** und zur **Senkung der Kosten** unter Einhaltung der geltenden Auflagen und Vorschriften zu treffen.

Umfang und Termine des zu liquidierenden Materials werden vom **Generalstab** festgelegt, der sodann die **Gruppe Rüstung** mit der Durchführung der Liquidation beauftragt. Diese ergänzt nötigenfalls den Liquidationsauftrag mit Auflagen technischer, kommerzieller und umweltrelevanter Art und leitet ihn an die Schweizerische Munitionsunternehmung weiter.

Bis heute war die Schweizerische Munitionsunternehmung hauptsächlich für die Entsorgung von alter Munition zuständig. Im Bereich des Armeematerials ist sie nun neu als **einzigste Verkaufsorganisation** des VBS tätig. Die Entsorgung selber wird im Wettbewerb von Betrieben des Bundes oder von Privatunternehmen vorgenommen. Die jährliche **Versteigerung von ausgedienten Motorfahrzeugen** in Thun erfolgt wie bisher, allerdings neu auch unter der Leitung des neuen Kompetenzzentrums. Die bestehenden **Liquidations-Shops** in Meiringen, Morges, Seewen (SZ) und Thun bleiben dem Bundesamt für Betriebe des Heeres unterstellt, rechnen aber neu mit dem Kompetenzzentrum bei der Schweizerischen Munitionsunternehmung ab.

Estland übernimmt Ausbildungshandbuch der Armee

Estland hat sich entschieden, die Grundsätze der menschenorientierten Führung von unserer Armee zu übernehmen. Zu diesem Zweck wurde das Ausbildungshandbuch «Menschenorientierte Führung» von **Professor Dr. Rudolf Steiger**, Vizedirektor der Militärischen Führungsschule an der ETH Zürich,

in die estnische Sprache übersetzt und anlässlich einer kleinen Feier im Dezember 1997 auf Einladung des Oberbefehlshabers der estnischen Streitkräfte in Tallinn vorgestellt.

Das Buch «Menschenorientierte Führung – Anregungen für zivile und militärische Führungskräfte», im Jahr 1991 erstmals erschienen, liegt inzwischen bereits in der **zehnten Auflage** vor. Das Fachbuch definiert die Charakteristiken einer menschenorientierten Führung und gibt Anregungen, wie sie sich im Alltag ziviler und militärischer Führungskräfte auswirken kann und soll.

Die Zusammenarbeit mit Estland im Bereich Führung und Ausbildung geht weit über die Übersetzung des Buchs von Professor Steiger hinaus. So hat **Dr. Jürg Stadelmann**, ebenfalls Dozent an der Militärischen Führungsschule, bereits einige **Seminare** mit estnischen Armeeangehörigen durchgeführt, an denen die Themen Methodik, Didaktik, Grund- und Führungsausbildung sowie Führungsbegleitung behandelt wurden.

Sicherheitspolitische Kommissionen: neue Präsidenten

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats wird seit 1. Januar 1998 von **Nationalrat Jean-Pierre Bonny**, Bremgarten (BE), Mitglied der Freisinnig-demokratischen Fraktion, präsidiert. Vizepräsident ist Nationalrat Boris Banga, Grenchen, Mitglied der Sozialdemokratischen Fraktion. **Ständerat Eric Rochat**, St-Léger-La-Chiésaz (VD), präsidiert die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats; er ist Mitglied der Liberalen Fraktion. Vizepräsident ist hier Ständerat Pierre Paupe, Saignelégier (JU), Mitglied der Christlich-demokratischen Fraktion.

6. EO-Revision: Botschaft soll Ende Februar vorliegen

Die **Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats** hat am 16. Dezember 1997 eine **Motion** eingereicht, in der sie den Bundesrat beauftragt, dem Parlament bis Ende Februar 1998 die Botschaft zur 6. Revi-

sion der Erwerbersatzordnung (EO) vorzulegen. Die Kommission will damit zeigen, dass sie es für unhaltbar hält, mit der Revision weiter zuzuwarten, wo doch deren Schwerpunkte bereits festgelegt sind und die Situation als dringlich eingestuft werden muss.

Die Kommissionsmotion wurde an einer Sitzung vom 9. Dezember 1997 beraten und mit 19 zu 1 Stimme (bei 2 Enthaltungen) angenommen. Sie verfolgt **zwei Hauptanliegen**:

Erstens soll damit eine Beschleunigung des Revisionsverfahrens erreicht werden. Die Kommission hält es für inakzeptabel, auf die Revision, die schon in der vorangehenden Legislaturperiode in Aussicht gestellt worden sei und heute als Entwurf in den grossen Linien bereits vorliege, länger warten zu müssen. Vor allem aber bestehe in diesem Bereich **dringlicher Handlungsbedarf**; die Kommission habe sich vor Ort von den Schwierigkeiten ein Bild machen können, die die heutige Situation mit sich bringt.

Materiell will die Kommission mit der 6. EO-Revision zum mindesten die **Diskriminierung korrigieren**, die heute zwischen den Angehörigen der Armee und den Arbeitslosen, die nicht im Militärdienst sind, besteht.

Die Kommission für Sicherheitspolitik hat an ihrer Sitzung vom 9. Dezember 1997 auch zur Kenntnis genommen, dass die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats eine Beschleunigung des Revisionsverfahrens ebenfalls befürwortet. Für den Fall, dass die angeforderte Antwort des Bundesrats nicht den eigenen Vorstellungen entspricht, behält sich die Sicherheitspolitische Kommission vor, **weitere Schritte** einzuleiten.

Vorkommnisse im EMD: Lehren gezogen

Im November 1996 hat die **Delegation der Geschäftsprüfungskommissionen** von National- und Ständerat in einem Bericht zu den seinerzeitigen Vorkommnissen im damaligen EMD rund um den **Elektronischen Behelf für den Generalstabsdienst (EBG 95)** Stellung genommen. Ende November 1997 nahm nunmehr der Bun-

desrat Stellung zum Bericht der Geschäftsprüfungsdelegation; er erachtet deren Bericht und die darin enthaltenen Empfehlungen als wertvollen Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung und zur Lösung aktueller und künftiger Probleme im Bereich des Informationsschutzes und der Informatiksicherheit.

In der gesamten Bundesverwaltung sind verschiedene Massnahmen mit organisatorischen, materiellen und personellen Konsequenzen ergriffen worden. Dazu gehört die Einsetzung von **Informatiksicherheitsbeauftragten** ebenso wie ein **jährliches Berichtswesen** der Departemente an das Bundesamt für Informatik im Eidgenössischen Finanzdepartement. Flankierend zu diesen Massnahmen hat der Bundesrat für die **Informatiksicherheit** für die Jahre 1998 bis 2002 einen Betrag von **100 Millionen Franken** zulasten des Informatik-Globalkredits eingestellt.

Das EMD (heute VBS) hat zur Verminderung des Schadenrisikos und zur Wiederherstellung der Sicherheit seit den Vorkommnissen rund um den EBG 95 über **40 Massnahmen** eingeleitet und umgesetzt. Seit Anfang 1997 wird beispielsweise ein neu konzipiertes **Informatikcontrolling** umgesetzt, mit dem die Vorhaben in der Informatik in allen Phasen gesteuert und geführt werden. Die Gruppen des Departements (Generalsekretariat, Generalstab, Heer, Luftwaffe und Gruppe Rüstung) haben **strategische Informatikplanungen** entwickelt und in Kraft gesetzt. Für alle Vorhaben besteht eine rollende Vierjahresplanung mit dem Nachweis des Bedarfs, der Zuweisung der verfügbaren Mittel und der Überwachung der eingesetzten Ressourcen.

Neben den permanenten Kontrollen werden im VBS neue, zusätzliche Massnahmen ergriffen. Diese werden durch die Nachfolgeorganisation der Zentralstelle für Schutz und Sicherheit (ZES) – die **Abteilung Informations- und Objektsicherheit (AIOS)** – wahrgenommen.

Mit drei Massnahmenpaketen wurden die wichtigsten Konsequenzen aus den Ereignissen um den EBG 95 gezogen. Ein erstes Paket betraf die Feststellung einer möglichen **Kompromittierung der CD-ROM**, die Ausbildung und die Informatiksicherheit. Dazu gehörte unter anderem der **sofortige Abgabestopp** der geheimen **CD-ROM rot**, der nach wie vor gilt.

In einem zweiten Paket wurden Funktion und Stellung der ZES untersucht sowie deren Klassifizierungsvorschriften zur Informatiksicherheit überprüft. Mit dem dritten Massnahmenpaket wurde der Themenbereich Geheimhaltung und Informatiksicherheit organisatorisch neu geregelt.

Die **Generalstabsoffiziere** benötigen heute ein **neues Arbeitsinstrument** als Ersatz für den EBG 95. Dieses muss den heutigen Ausbildungs- und Einsatzbedürfnissen gerecht werden. Die mit dem EBG 95 gemachten Erfahrungen müssen umgesetzt und die heutigen Möglichkeiten der Informatik voll ausgeschöpft werden. Entscheidend ist dabei, dass die permanente Ausbildung der EBG-Benutzer auch im Bereich der Geheimhaltung und Sicherheit stets gewährleistet ist. Für das Nachfolgeprojekt des EBG 95 wird zurzeit der detaillierte Projektauftrag ausgearbeitet. Die Planungs-, Realisierungs- und Produktionsphasen sollen aber nicht – wie beim EBG 95 – unter unnötigem Zeitdruck stehen.

Auch aus den Fehlern, die im Zusammenhang mit der **Ausstellung Didacta** (1987), der **Veteranenfeier Diamant** (1989) und in diesem Zusammenhang mit einem **Lehrmittelpaket** gemacht wurden, sind die Lehren gezogen worden. Der Bundesrat hat im Dezember 1997 zum diesbezüglichen Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Ständerats Stellung genommen. Durch ein **verbessertes Projektmanagement** sowie ein permanentes, umfassendes **Controlling** sollen ähnliche Fehlleistungen inskünftig vermieden werden. Dies ist das Hauptfazit des bundesrätlichen Berichts, der zum Ausdruck bringt, dass das VBS inzwischen auch in diesem Bereich zahlreiche, von der Kommission positiv gewürdigte Massnahmen getroffen hat.

Personenminen: Liquidation abgeschlossen

In der Armee gibt es keine Personenminen mehr. Rüstungschef Toni Wicki hat im Dezember 1997 in einem symbolischen Akt die letzte **Tretmine 59** der industriellen Entsorgung zugeführt.

Die Vernichtung der letzten Tretmine fiel mit der Konferenz

zur Unterzeichnung des Abkommens für das vollständige Verbot von Anti-Personenminen in Ottawa zusammen. Die Schweizerische Munitionsunternehmung in Altdorf hat in den letzten Jahren mehrere hundert Tonnen Tretminen industriell zerlegt und umweltgerecht entsorgt.

Bereits im Jahr 1990 hatte das damalige EMD entschieden, sämtliche Personenminen aus den Truppenbeständen zurückzuziehen, und Bundesrat Adolf Ogi hatte Ende November 1995 den **vollständigen Verzicht** auf Einsatz und Besitz von Personenminen erklärt. Damit übernahm unser Land in bezug auf ein umfassendes Verbot der Personenminen eine **weltweite Führungsrolle** und unterstrich damit auf internationaler Ebene sein traditionell humanitäres Engagement.

In Absprache mit dem Generalstabchef hatte Bundesrat Ogi auch angeordnet, bei der **Horizontalmine 90** auf den Einsatz des **Stolperdrahts** zu verzichten. Damit verlor diese Mine die Einsatzmöglichkeit als Personenmine. Die Ausbildung der Truppe für den Einsatz des Stolperdrahts wurde unverzüglich eingestellt, und die Reglemente wurden entsprechend geändert.

Florako: Bestandteil des Rüstungsprogramms 1998

Der Bundesrat hat am 15. Dezember 1997 der Absicht des damaligen EMD (heute VBS) zugestimmt, als Lieferanten des zukünftigen Luftraumüberwachungs- und Einsatzleitungs-systems Florako das **Konsortium Hughes-Thomson** zu wählen. Ein erster Beschaffungsschritt soll mit Kosten von **482 Millionen Franken** im Rahmen des Rüstungsprogramms 1998 den eidgenössischen Räten vorgelegt werden. Die Botschaft zu diesem Programm wird vom Bundesrat voraussichtlich im **Frühling 1998** verabschiedet.

Mit Florako soll das **Florida-System** abgelöst werden, das vor 27 Jahren in Betrieb genommen wurde und heute werktags für die Flugsicherung im Einsatz steht. Die Ersatzteilbeschaffung für das System wird zusehends schwieriger; das System ist **technisch veraltet** und muss **zwingend ersetzt** werden.

Mit Florida wird heute die Luftlageübersicht erstellt, die zur koordinierten Einsatzleitung aller Luftverteidigungsmittel der Schweiz und zur Warnung der Zivilbevölkerung vor Luftangriffen dient. Das geplante neue System **Florako** hat grundsätzlich dieselben Aufgaben. Dazu kommt aber neu die **optimale Bewirtschaftung des immer dichter belegten Luftraums** durch ein neues Konzept bei gleichzeitiger Gewährleistung der Sicherheit. Zu diesem Zweck wird mit Hilfe von Florako aus den Flugwegdaten aller verfügbaren zivilen und militärischen Radarquellen eine **gemeinsame Luftlage** erstellt, die den zivilen und militärischen Benutzern zur Verfügung steht, was wesentlich zur Erhöhung der Flugsicherheit beiträgt.

Für die militärische Seite muss Florako die **leistungsfähige Luftraumüberwachung** und **Einsatzleitung** sicherstellen und damit grundsätzlich andere, technisch anspruchsvollere Aufgaben erfüllen als ein ziviles Flugsicherungssystem. Die militärisch interessierenden Flugobjekte sind von einem Radar schwerer zu erkennen, weil sie sich mit verschiedenen Mitteln dagegen schützen. Sie senden – im Unterschied zu Zivilflugzeugen – keine Identifikationssignale aus, sind relativ klein und können rasche, unerwartete Kurswechsel vornehmen. Ein militärisches System muss zudem **kriegstauglich** und entsprechend **geschützt** sein.

Das Projekt Florako umfasst neue militärische Radars für die bisherigen Standorte, ein Radarluftlagesystem, ein Kommunikationssystem und neue Arbeitsstationen für die Einsatzzentralen der Luftwaffe. Dabei wird, wo immer möglich, von fertig entwickelten und in anderen Ländern eingeführten Systemteilen ausgegangen. Das Zusammenfügen dieser Teile zum Gesamtsystem bedingt jedoch **Entwicklungs- und Anpassungsarbeiten**. Die gegenüber den üblichen Rüstungsbeschaffungen fehlende Möglichkeit, das Gesamtsystem zuerst als Prototyp aufzubauen, zu erproben und damit Entwicklung und Beschaffung konsequent zu trennen, birgt zwangsläufig gewisse **Risiken bei der Realisierung**. Die Beschaffungsstellen des VBS tragen diesen durch eine sorgfältige Evaluation und eine Risikoabbauphase Rechnung. ■